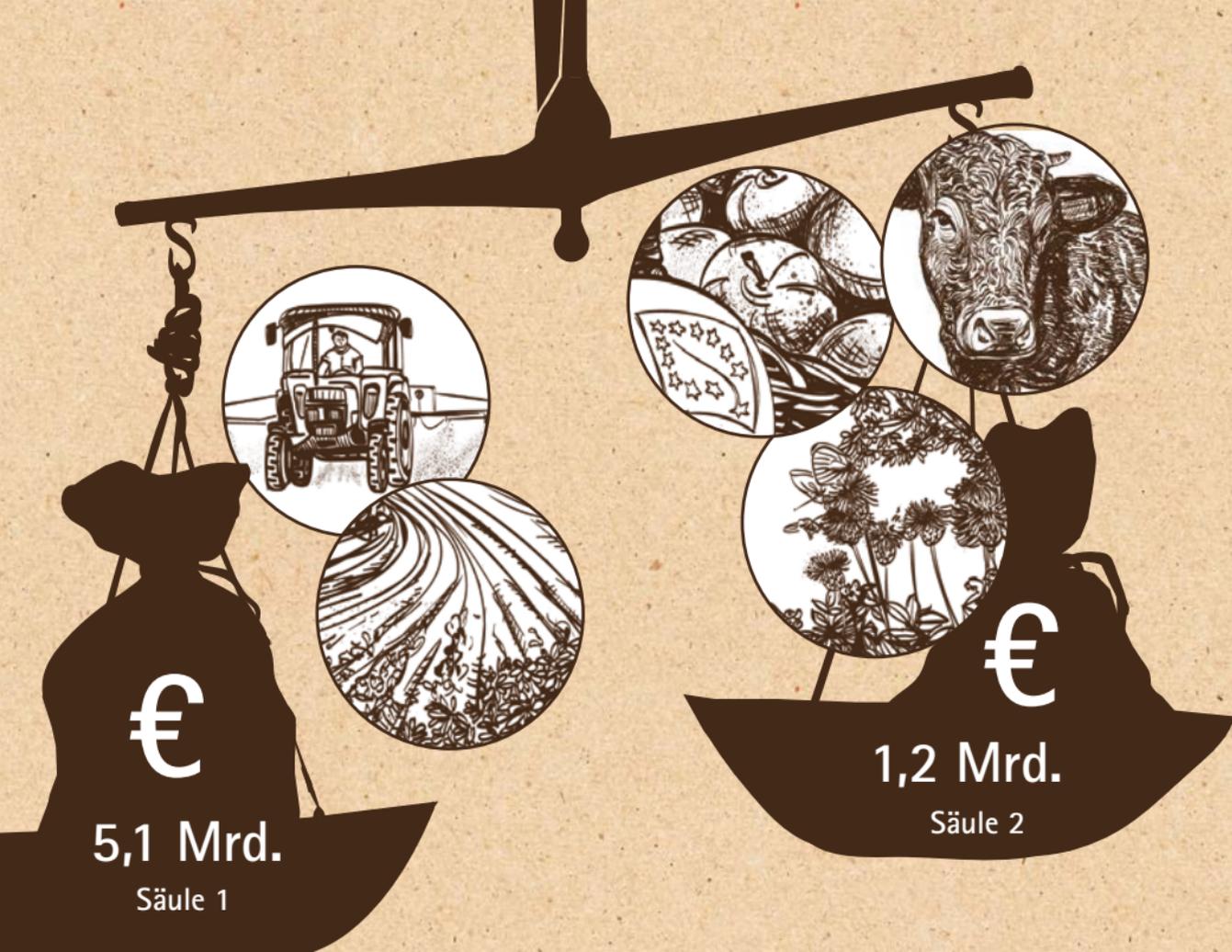




# EU-AGRARPOLITIK

einfach erklärt



## Viel Geld aus Brüssel für Europas Landwirtschaft

Von weidenden Schafen am Nordseedeich bis hin zu Olivenhainen in Griechenland: Europas Agrarlandschaften sind vielfältig und die politischen Herausforderungen groß. Aus diesem Grund wurde vor über 50 Jahren die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik – kurz GAP – auf den Weg gebracht. Das damalige Ziel war es, mehr Lebensmittel zu erzeugen.

Die Agrarpolitik wird nicht in Lissabon, Wien oder Berlin gemacht, sondern zuvorderst in Brüssel. Kein anderer Wirtschaftsbereich ist in der Europäischen Union (EU) so stark durch EU-Regeln geprägt wie die Landwirtschaft. Jedes Jahr werden 58 Milliarden Euro, fast 38 Prozent des EU-Haushaltes, für dieses Politikfeld ausgegeben. Deutschland erhält davon 6,3 Milliarden Euro, aufgeteilt auf zwei Förderbereiche – genannt Säulen. Aus der üppig ausgestatteten ersten Säule werden 73 Prozent der GAP-Gelder

pauschal an landwirtschaftliche Betriebe gezahlt: die Flächenprämien. In der zweiten Säule finden sich Programme zur Entwicklung der ländlichen Räume und für Umwelt- und Naturschutz.

Die Mitgliedsstaaten können innerhalb der EU-Rahmenbedingungen entscheiden, wie die GAP in ihrem Land umgesetzt wird. In Deutschland sind dafür die Bundesländer zuständig. Bund und Bundesländer nutzen auch eigene Gelder, um Programme der zweiten Säule aufzustocken. Sie nehmen zudem Gelder aus der ersten Säule und verschieben diese in die zweite Säule. Trotz dieser Umwidmung bleibt der Umwelt- und Naturschutz völlig unterfinanziert.

Schon gewusst?

Sie zahlen jedes Jahr 114 Euro für die GAP.

## Die EU-Gelder werden unfair verteilt

Wer viel Fläche bewirtschaftet, bekommt viel Geld aus der ersten Säule. Dafür verlangt Brüssel kaum Gegenleistungen, außer der Einhaltung bestehender Gesetze. Während hierzulande ein Bauernhof mit 50 Hektar jährlich ca. 14.000

Schon gewusst?

Für 1 Hektar gibt's in Deutschland 280 Euro Fördergelder pro Jahr.

Euro erhält, kann ein Großbetrieb von 5.000 Hektar mit ca. 1,4 Millionen Euro Flächenprämien auf dem Konto rechnen. EU-weit erhalten 20 Prozent der Betriebe auf diese Weise 80 Prozent der Gelder.

Selbst die EU-Bürokratie erkennt dieses Ungleichgewicht und räumt den Mitgliedsstaaten ein, Flächenprämien ab einem bestimmten Betrag zu kappen und einen „Erste-Hektare Aufschlag“ zu zahlen. So bekommen die Betriebe in Deutschland für die ersten 46 Hektar eine

Bonuszahlung (von 30–50 Euro pro Hektar). Aus Rücksicht auf die Großbetriebe, werden die darüber hinaus bestehenden Möglichkeiten, eine Maximalgrenze pro Betrieb einzuführen oder die Flächenprämie stufenweise abzuschmelzen, von Deutschland nicht genutzt. Die Zahlung der pauschalen Flächenprämie rein nach Betriebsgröße ist aus Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) unfair und müsste zugunsten der Förderung konkreter Umwelt- und Tierschutzleistungen abgeschafft werden.

Angesichts großer Beharrungskräfte und der starken Agrarlobby scheint ein solcher Schritt schwer durchsetzbar. Sollte es weiterhin eine Flächenprämie geben, fordert der BUND daher die Einführung eines Maximalbetrages für Großbetriebe, verbunden mit einer Besserstellung von Bauernhöfen, die mehr für Umwelt- und Tierschutz tun als das Gesetz verlangt.





## Blühende und summende Äcker und Wiesen

Durch intensive Landwirtschaft nimmt die Artenvielfalt auf Äckern und Wiesen ab. Pestizide und zu viel Dünger, aber auch das Verschwinden von Hecken oder blühenden Randstreifen, sorgen für ein dramatisches Artensterben. Die Biomasse an Fluginsekten ist innerhalb von knapp dreißig Jahren um über 75 Prozent zurückgegangen. Über die Hälfte der rund 560 Wildbienenarten Deutschlands sind gefährdet oder bereits ausgestorben. Im Jahr 2013 wurde daher auf EU-Ebene beschlossen, verbindliche Umwelanforderungen an die Flächenprämie aus der ersten Säule zu knüpfen. Das „Greening“ war erfunden. Doch es trägt kaum zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Zwar müssen die Bauernhöfe „ökologische Vorrangflächen“ anlegen, dürfen dabei aber aus einem großen Maßnahmenkatalog auswählen. Statt sich auf sinnvolle Randstreifen an Äckern oder Bächen, Feldgehölze oder Brachen zu konzent-

rieren, bietet die Agrarpolitik auch extrem wirkungslose Angebote an. Zum Beispiel der Anbau von Zwischenfrüchten. Diese wählen sich die Agrarbetriebe mehrheitlich aus. Das gut gemeinte Greening wurde von der Politik so verwässert, dass der BUND es in der jetzigen Form als gescheitert ansieht.

Für die Artenvielfalt fordert der BUND, dass die GAP umweltfreundliche Betriebe honoriert. Umweltschädliches Verhalten darf nicht noch durch Subventionen belohnt werden. 15 Milliarden Euro jährlich sind nötig, um die biologische Vielfalt in der EU zu erhalten und wiederherzustellen. Mit diesen Mitteln sollen vor allem Landnutzer\*innen einkommenswirksam für Naturschutzleistungen bezahlt werden.

Schon gewusst?

Seit 1990 gibt es 34% weniger Feldlerchen.

## Landwirtschaft ohne Ackergifte

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Abhängigkeit der konventionellen Landwirtschaft von der Agrochemie weiter zugenommen. Nur durch hohe Einsätze von Pestiziden kann der industrielle Ackerbau mit engen Fruchtfolgen und Monokulturen durchgeführt werden. Pestizide werden hierzu großflächig auf Ackerflächen verspritzt und be-

lasten die Kulturlandschaft. Regelmäßig finden sich Rückstände im Grundwasser und in Oberflächengewässern, immer mehr Ackerwildkräuter verschwinden und das Leben im Boden stirbt. Auf Betreiben der Agrarlobby in Brüssel war bis 2018 der Einsatz von Pestiziden im Rahmen des „Greening“ sogar auf den ohnehin wenig wirksamen ökologischen Vorrangflächen erlaubt. Erst der ständige Druck des BUND und seiner Mitstreiter\*innen sorgte dafür, dass ein derartiger Einsatz von Ackergiften verboten wurde.

Ein Erfolg! Gleichzeitig nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die GAP muss zukünftig dazu beitragen, den Chemieeinsatz in den Agrarlandschaften kontinuierlich zu reduzieren. Eine grundsätzliche umfassende Ackerbastrategie mit veränderten Anbaubedingungen und Fruchtfolgen, angepassten Sorten und natürlicher Schädlingsbekämpfung ist dafür notwendig. Dass das funktioniert, zeigt der Ökolandbau, an dem sich Politik und konventionelle Landwirtschaftsbetriebe

orientieren können. Darüber hinaus ist ein EU-weites Ausstiegsszenario für das Totalherbizid Glyphosat bis 2021 notwendig. Dem Freiland-Verbot für drei bienengefährliche Neonikotinoide muss nun ein vollständiges Verbot aller bienengefährlichen Pestizide folgen.

Schon gewusst?

In sieben von zehn Berliner Urinproben wurde Glyphosat gefunden.





## Zukunftsmodell Ökolandbau

Öko? Logisch! Das hat auch die Bundesregierung erkannt. Sie will den Ökolandbau bis 2030 auf 20 Prozent der Fläche steigern. Damit das gelingt, müssen mehr GAP-Gelder als bisher für Öko-Prämien genutzt werden. So können Betriebe auf Ökolandbau umgestellt und bisherige Bio-Höfe für ihre ökologischen Leistungen besser bezahlt werden.

Viele Gründe sprechen für den Ökolandbau. So kann sich die Artenvielfalt auf Öko-Wiesen und Bio-Äckern sehen lassen. Auf dem Bio-Grünland sind im Durchschnitt 27 verschiedene Pflanzenarten zu finden, während es nur 22 Arten auf konventionellen Wiesen und Weiden sind. Vergleichsuntersuchungen auf über 1.200 Ackerflächen zeigen: Wildbienen, Marienkäfer und Schwebfliegen, allesamt Nützlinge für die Landwirtschaft, sind auf Bioäckern häufiger zu finden.

Das dramatische Artensterben macht deutlich, dass sich die Agrarpolitik ändern muss. Für den BUND ist der Ökolandbau das Modell der Zukunft. Die Erfahrungen der Bio-Bauernhöfe können der konventionellen Landwirtschaft helfen, Schritt für Schritt umwelt- und klimaschonender zu arbeiten. Der BUND erwartet daher von der Politik, den Ökolandbau besser zu fördern als bislang, was wiederum eng mit den Förderprinzipien der GAP zusammenhängt. Zusätzlich zur Flächenprämie bekommen Ökobetriebe in Deutschland 250 Euro Öko-Prämie pro Hektar und Jahr aus der zweiten Säule. Bereits 1,4 Millionen Hektar werden in Deutschland ökologisch bewirtschaftet, das sind über acht Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Schon gewusst?

Jeder zehnte Bauernhof ist „bio“!

## Endlich die Sau rauslassen

### Schon gewusst?

Der Umbau der Tierhaltung würde 3-5 Mrd. Euro pro Jahr kosten.

Enge Ställe, viel Antibiotika, kein Auslauf: In vielen Ställen Deutschlands ist es mit dem Tierwohl nicht weit her. Der dringend notwendige Umbau der Nutztierhaltung hin zu mehr ökologischer Tierhaltung, artgerechten Ställen und

Weidetierhaltung muss endlich begonnen werden. Auch die GAP muss ihren Beitrag zum Umbau der Nutztierhaltung leisten. Spezielle Fördermittel für die Betriebe, die ihren Stall tiergerechter umbauen wollen, sollten auch aus Brüssel kommen. Bisher gibt es im Rahmen der GAP nur wenige Fördermöglichkeiten: Im Rahmen der zweiten Säule wird der Stallbau gefördert. Einige Bundesländer fordern höhere Tierwohlstandards, wenn Betriebe gefördert werden wollen. Mit der

„Ringelschwanzprämie“ werden beispielsweise in Niedersachsen schweinehaltende Betriebe honoriert, wenn der Ringelschwanz als Zeichen für Tierwohl in der Haltung unversehrt bleibt. Der BUND spricht sich für Weidehaltung aus und fordert entsprechende Förderprogramme aufzulegen. Durch die „gekoppelte Prämie“, die Verknüpfung von Tierhaltung und Fördergeld, wäre das sogar in der ersten Säule möglich und würde gerade Schaf-, Ziegen- und Mutterkuhhalter\*innen enorm helfen und ihre wirtschaftliche Situation verbessern. Leider ist Deutschland das einzige Land in der EU, welches gekoppelte Prämien für Agrarbranchen in Not ablehnt. Grundsätzlich gilt in Bezug auf die Tierhaltung, dass insgesamt weniger Tiere und weniger Tiere pro Fläche gehalten werden müssen. Sonst sind die EU-Ziele zum Schutz der Gewässer, Böden und Luft nicht erreichbar.



## Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen

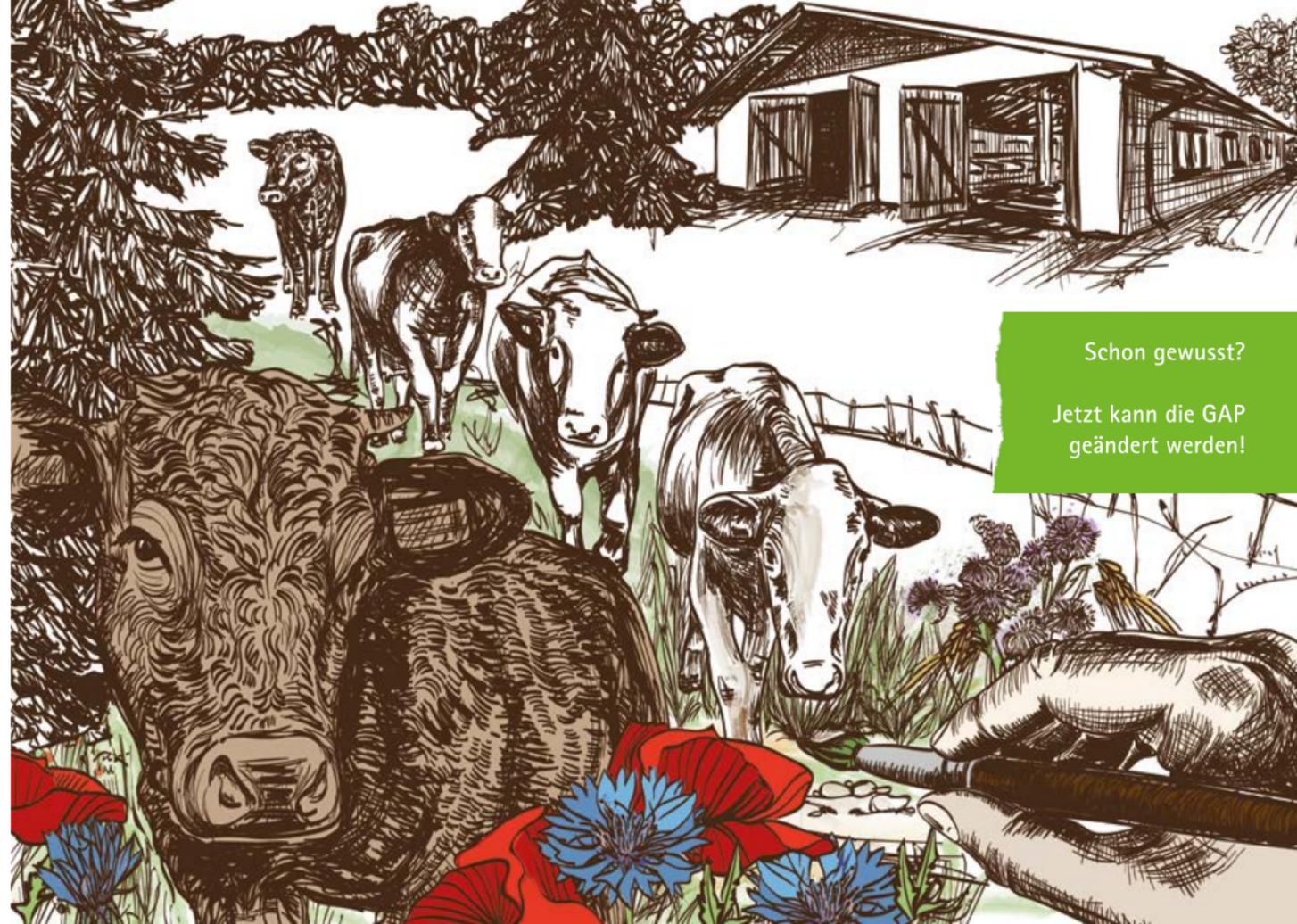
Der BUND steht für ein vielfältiges und lebenswertes Europa. Dazu gehört auch eine gemeinsame, europäische Agrarpolitik. Aber die GAP muss sich ändern: Sie muss sich entschieden gegen das Höfesterben, gegen den Verlust der Artenvielfalt, gegen die Verschmutzung der Gewässer, der Luft und des Bodens stemmen.

Die GAP muss zudem ihren Beitrag zu Klima-, Umwelt- und Tierschutz leisten und Regionalität fördern anstatt Agrar-Exporte zu unterstützen. Der BUND setzt sich für eine grundlegende GAP-Reform ein.

### BUND-Forderungen auf einen Blick:

- Alle Gelder sind an den Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ zu binden.

- Die pauschale Flächenprämie ist schrittweise zugunsten der Förderung konkreter Umwelt- und Tierschutzleistungen abzuschaffen.
- Feste Budgets sind für öffentliche Leistungen in den Bereichen Biodiversität, Klimaschutz und Umweltschutz einzusetzen.
- Bauernhöfe und Junglandwirt\*innen sind gezielt zu unterstützen.
- Der Umbau der Tierhaltung ist auch mit GAP-Geldern zu finanzieren.
- Ökolandbau und besonders naturnahe Landbewirtschaftungen sind gezielt zu unterstützen.
- Gesetze, Marktregeln und Kennzeichnungen müssen auf eine ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft und regionale Wertschöpfungsketten ausgerichtet werden.
- Die GAP darf keine negativen Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens haben.



Schon gewusst?

Jetzt kann die GAP geändert werden!

## Was kann ich als Verbraucher\*in konkret machen?



Die Weichen für die GAP nach 2020 werden gerade gestellt. Mischen Sie mit!

- Fordern Sie Ihren Abgeordneten in den Landtagen, im Bundestag oder dem Europaparlament auf, sich für die GAP-Reform einzusetzen.
- Setzen Sie sich in Ihrer Kommune für eine pestizidfreie Gemeinde ein.
- Kaufen Sie Bio-Lebensmittel, regional und saisonal.
- Essen Sie weniger Fleisch, und wenn, dann aus artgerechter Tierhaltung.
- Und: Machen Sie mal wieder eine Landpartie. Nehmen Sie Ihre Freund\*innen und Familie mit und besuchen Sie regionale Bauernhöfe.



Mit Ihrer Spende kann der BUND der Agrarlobby Paroli bieten – im Kampf um schärfere Gesetze, bei der Aufklärung von Verbraucher\*innen und notfalls auch vor Gericht.

[www.bund.net/spenden](http://www.bund.net/spenden)

**BUND-Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank eG**

**IBAN: DE 43 4306 0967 8016 0847 00 • BIC: GENODEM1GLS • Spendenzweck: Agrarwende**

Impressum: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) • Friends of the Earth Germany • Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin • Fon 030 - 2 75 86 - 40 • Fax 030 - 2 75 86 - 440 • [info@bund.net](mailto:info@bund.net) • [www.bund.net](http://www.bund.net) • Text: Christian Rehmer, Katrin Wenz  
Redaktion: Yvonne Weber (V.i.S.d.P.) • Gestaltung & Illustration: Stefanie Fiebrig • Druck: Z.B.! Kunstdruck • Berlin, August 2018